

VERBAND LEGT SOZIAL- UND BILDUNGSPOLITISCHE LÖSUNGEN FÜR SACHSEN VOR

30. Juli 2019



Die Bandbreite an Sozial- und Bildungsthemen ist groß. Im Dialog mit seinen Mitgliedsorganisationen setzte der Paritätische Sachsen in den vergangenen Monaten deshalb klare Prioritäten. Nun liegen 18 sozial- und bildungspolitische Lösungen für den Freistaat vor.

Bereits 2018 starteten die einzelnen Referate in den jeweiligen verbandlichen Fachgremien den Austausch darüber, wo die inhaltlichen Schwerpunkte in den kommenden Jahren zu setzen sind. Als Überbau dienten hierbei die vorhandenen Verbandspolitischen Leitlinien. Anspruch des innerverbandlichen Diskurses war es, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, die durch die Landespolitik umgesetzt werden können.

„Als Fachverband verstehen wir es als unsere Aufgabe, klare Ideen und Handlungsvorschläge für aktuelle Problemlagen zu unterbreiten. Wenn es rein nach den bestehenden Handlungsbedarfen ginge, hätten wir eine mehrere hundert Seiten umfassende Broschüre erstellen können. Das bringt niemandem etwas. Daher haben wir uns für die Fokussierung auf wenige Aspekte entschieden. Die Diskussionen dazu waren nicht leicht, da bei der Fülle der im Verband vertretenen Interessen unweigerlich einige hintenan stehen müssen. Die Fachreferate haben diesen Prozess jedoch sehr gut moderiert. Der Landesvorstand diskutierte die Themen auf seiner zweitägigen Klausur intensiv und stellte sie auf den verbandlichen Regionalkonferenzen im Mai und Juni 2019 fachbereichsübergreifend vor“, berichtet Michael Richter, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Sachsen. Auf den Regionalkonferenzen flossen zudem letzte Anmerkungen in das Papier ein, welches nun die Schwerpunkte der verbandlichen Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung setzt.

Im Ergebnis liegen nun 18 Lösungsvorschläge vor, die neben den Handlungsbedarfen auch greifbare Handlungsansätze anbieten. Keine der Positionen ist länger als eine Seite und ermöglicht so einen schnellen Einstieg ins jeweilige Thema. „Wir verstehen die Positionen als direktes Gesprächsangebot an die sächsische Landespolitik in der kommenden Legislatur“, unterstreicht der Landesgeschäftsführer und ergänzt: „Daher freut es uns umso mehr, dass einige Punkte teilweise bereits in den Wahlprogrammen verschiedener Parteien zu finden sind. Wir bleiben dran.“

Die Positionen auf einen Blick:

- Landespflegegeld für Pflegebedürftige einführen
- Pflegeassistentenkräfte binden und Zugänge öffnen
- Richtlinie „Integrative Maßnahmen“ weiterentwickeln
- Integrationsgesetz für Sachsen umsetzen
- Auskömmliche Finanzierung Freier Schulen in Sachsen
- Transparentes Genehmigungsverfahren für Schulen in freier Trägerschaft
- Abwesenheitszeiten von Erzieher*innen in Personalplanung einbeziehen
- Praxisanleitung in der praktischen Erzieher*innen-Ausbildung stärken
- Berufsbegleitend Lernende stufenweise im Personalschlüssel der Kindertageseinrichtungen berücksichtigen
- Flankierende Mittel für Bundesprogramm „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ bereitstellen
- Gewaltschutz in Sachsen flächendeckend ausbauen
- Landesjugendhilfegesetz für Sachsen
- Ausbildungskapazitäten an Berufsakademien ausweiten
- Gemeinwesen aktiv gestalten
- Schulassistenz ausweiten
- Freiwilligendienste: Attraktivität steigern und Engagement fördern
- Stärkung diskriminierungsgefährdeter Personengruppen
- Wohnen als sozialpolitische Aufgabe angehen

Die Broschüre mit den Positionen können Sie [hier herunterladen](#).